

u3m

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 19 / 43. Jg.

9. Mai 1930

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 6,50 Mk. inkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3373). Für die Länder des Weltpostvereins 1.—Mk.

Redaktion:

Hans Roninger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktionsschluß: Montag, Ferrufri: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparelletze oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlegerort: Scheuditz.**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Roninger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Ein internationales Wirtschaftsproblem

Von Robert Schmidt, Reichswirtschaftsminister a. D.

Die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung, über den Rahmen nationaler Schranken in der internationalen Verflechtung ausgedehnte Verbindungen zu suchen und zu festigen, hat nach Überwindung der Hemmungen und Rückwärtsbewegungen wieder einen starken Auftrieb zu verzeichnen. Diese kapitalistische Machtentfaltung hat zugleich stark in die Befugnisse der Staaten eingegriffen. Im gewissen Sinne trieben die großen Konzerne ihre Landespolitik selbständig und gewinnen beim Abschluß von Handelsverträgen eine Stellung, die sehr beachtlich ist. Gelingt es den überstaatlichen Trusts und Kartellen auch, den Absatzmarkt international zu regeln und Vereinbarungen auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu treffen, so tritt die Bedeutung des Handelsvertrages für diese Unternehmungen zurück und die Regierungen verlieren an Einfluß über diese kapitalistischen Gebilde. Allerdings befindet sich das ganze Wirtschaftsgetriebe in diesem Stadium der Entwicklung, aber es heben sich Entwicklungstendenzen ab, die systematisch die weitere Wegführung aufzeigen.

Dennoch, internationale Wirtschaftsbeziehungen zu fördern, bleibt auch weiterhin noch eine wichtige Aufgabe des Staates, und er wird darauf bedacht sein müssen, seine Autorität gegenüber der Privatwirtschaft zur Geltung zu bringen. Der Aufgabenkreis erweitert sich aber immer mehr und mehr. Mit dem Abschluß von Handelsverträgen allein ist es nicht mehr getan, wir werden gedrängt, einen Ausgleich zu suchen in den widerstrebenden Interessen der Staaten untereinander. Der Kampf um die fortgesetzte Erhöhung der Schutzzölle wird von allen beklagt, ohne daß allerdings eine Rückkehr zum Abbau oder auch nur zum Stillstand zu erkennen ist. Das europäische Staatengewirr verschlimmert die Situation, Handel und Verkehr müssen sich den Weg bahnen gegen unzählige Widerwärtigkeiten. Dabei fühlt sich jeder Staat als der leidende Teil, obwohl keiner ganz unschuldig an diesem Zustand ist.

Es sah ganz leidlich aus, als 1927 die Weltwirtschaftskonferenz in Genf unter viel schönen Reden und Versprechungen zu dem Ergebnis kam, einen Stillstand in den Zollerhöhungen zu empfehlen und den Rat zum Abbau gab. Aber bei dieser Empfehlung ist es geblieben. Später hat sich der Völkerbund der Sache angenommen und im September vorigen Jahres wurde dem Wirtschaftskomitee desselben der Auftrag erteilt, einen Vertragsentwurf für einen internationalen Zollfrieden auszuarbeiten. Dieser Entwurf wurde der internationalen Tagung, die in Genf vom 17. Februar bis 24. März stattfand und von fast allen Regierungen besichtigt war, zur Beratung unterbreitet. Der Grundgedanke des Vorschlages war, auf 2 bis 3 Jahre die gegenwärtigen Zollsätze der europäischen Staaten zu binden. Diese Absicht ist nicht in Erfüllung gegangen; im Laufe der sich lang

hinziehenden Verhandlungen ergaben sich so viel Differenzen, daß nur mit Mühe und Not ein Vertragsentwurf zustande kam, der mit vielen Ausnahmen eine Bindung der laufenden Handelsverträge bis zum 1. April 1931 vorsieht.

Dieser Vertrag ist vorläufig von 11 europäischen Staaten unterzeichnet, unter anderen von den Großmächten Deutschland, Frankreich, England und Italien. Einige Staaten werden sicher noch hinzukommen, ohne daß damit das Vertragswerk in Kraft tritt, denn dazu bedarf es erst einer Genehmigung der Parlamente in den einzelnen Staaten. Diese Zustimmung muß aber bis zum 1. November d. J. erfolgen. Anschließend hieran soll eine Konferenz der Staaten entscheiden, ob die Zahl der Länder, die ratifiziert haben, genügt, um den Vertrag in Wirksamkeit zu setzen. Also eine weitgeübte Vorsicht. Die Verlängerung des Vertrages ist so gedacht, daß er zwei Monate vor Ablauf gekündigt werden muß. Geschieht das nicht, so läuft er automatisch 6 Monate weiter in fortgesetzter Wiederholung.

Welche Verpflichtungen legt der Vertrag den Staaten auf? Im wesentlichen folgende: Grundsätzlich soll an den Handelsverträgen, die Tarifpositionen gebunden haben, keine Änderung vorgenommen werden. Daneben gibt es nun Staaten, deren Handelsabkommen mit anderen nur darauf beruhen, daß man sich gegenseitig die Meistbegünstigung zusichert. Das heißt, eine Zollerniedrigung, die z. B. Deutschland irgendeinem Staat gewährt, muß dem anderen Vertragsstaat von selbst zugestanden werden. In einem solchen Handelsabkommen stehen wir zu England, Dänemark, Norwegen und Portugal. Diese Staaten wären nach dem Abkommen gezwungen, die gegenwärtigen Zollsätze nicht zu erhöhen. Eine Ausnahme ist ihnen nur gestattet für Finanzzölle. Darunter versteht man Zölle, die nicht den Zweck erfüllen, eine heimische Produktion zu schützen.

Die Staaten, die nun gewisse Tarifsätze im gegenseitigen Handelsvertrag gebunden haben, können gleichfalls Erhöhungen dieser Positionen nicht vornehmen. Deutschland hat durch Handelsverträge 1241 Zollpositionen gebunden, dem stehen 1676 gegenüber, die von vertraglicher Bindung frei sind. Nicht gebunden sind wichtige Erzeugnisse der Landwirtschaft, unter anderem Getreide. Für die nichtgebundenen Tarifpositionen läßt das Genfer Abkommen eine gewisse Bewegungsfreiheit nach oben offen. Abgesehen von Zollerhöhungen, die unter einem gewissen Zwange vorgenommen werden, oder für deren Änderung die Vollmacht des Ministeriums maßgebend ist, müssen alle übrigen geplanten Zollerhöhungen 20 Tage vor Inkrafttreten den Vertragsstaaten angezeigt werden. Glaubt ein Vertragsstaat, daß er durch diese Maßnahme geschädigt wird, so kann er von dem Vertrag zurücktreten. Es besteht aber die Möglichkeit, daß andere

wieder durch diesen Rücktritt sich in ihren Interessen verletzt fühlen und gleichfalls ausscheiden. Man sieht, die Bindung ist sehr schwach und es ist unsicher, wie der Zusammenhalt sich gestalten wird, wenn an den Zolltarifen gerüttelt wird.

Ein zweiter Teil der Verhandlungen fand eine schnelle Erledigung, da es sich hier um die Festsetzung eines künftigen Aufgabengebietes handelte. Es soll, um einiges hervorzuheben, untersucht werden, wie sich der Bezug von Rohstoffen gestaltet hat, die Aufstellung eines einheitlichen Zollscheines weiter gefördert werden kann usw. Man will ferner ermitteln, welche Subsidien an Interessengruppen gewährt werden oder sonstige Vergünstigungen, die dem Sinne des Handelsabkommens widersprechen. Des weiteren soll geprüft werden, wie weit die Veterinärmaßnahmen handelspolitischen Zwecken dienen und schließlich sollen internationale Fragen des Handelsrechts einheitlich gestaltet werden.

Voll befriedigend ist die in Genf gefundene Lösung nicht, aber es ist der Anfang gemacht. Gelingt es, daß der Gedanke des Zollabbaues festen Fuß faßt, so wird ein Fortschritt möglich sein. Es war keine leichte Aufgabe, die Staaten zu einer einheitlichen Stellungnahme zu bewegen, denn die Interessengegensätze sind nicht gering und die wirtschaftliche Struktur so verschieden, daß unter Berücksichtigung dieser Umstände immerhin von einem Erfolg der Konferenz gesprochen werden kann. Deutschland, das für zwei Drittel seiner Ausfuhr in europäischen Staaten Absatz findet, ist stark interessiert am Zustandekommen der Konvention und nicht zuletzt ist es auch für die Arbeiterklasse von Nutzen, wenn durch eine gewisse Stetigkeit in unsern Handelsbeziehungen der wirtschaftlichen Entwicklung ein neuer Ansporn gegeben wird. Um zu diesem Ziele zu gelangen, müssen solche Maßnahmen, wie sie die gegenwärtige Regierung einzuleiten beliebte, natürlich unterbleiben. Die neuen Agrarschutzzölle sind geeignet, alle Ansätze zu einer Besserung in den internationalen Handelsbeziehungen zu zerschlagen. Die bereits bekannt gewordenen Maßnahmen der in Frage kommenden Staaten beweisen dies. Diese haben beim Völkerbund gegen die beabsichtigten deutschen Zollmaßnahmen protestiert. Namentlich scheint der mühsam zustandekomme Handelsvertrag mit Polen gefährdet. Die Entwicklung der Industrie, des Handels und des Verkehrs läßt die Erde immer kleiner werden. Der Erdteil Europa ist zu klein und die Ertragsfähigkeit seines Bodens zu gering, als daß hier 26 Staaten ein Eigenleben im Schatten hoher Schutzzollmauern führen können. Deshalb gehört die Förderung der Handelsbeziehungen nach der Richtung weitgehenden Zollabbaues zu den bedeutendsten Wirtschaftsproblemen der Gegenwart und der Zukunft.

Staat und Wirtschaft

Die Behauptung, daß nur der freie Unternehmer fähig sei, Wirtschaft zu führen, wird immer wieder verbreitet und immer wieder geglaubt. Es ist notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß diese Behauptung nicht stimmt. Eine freie Wirtschaft und einen freien Unternehmer hat es nur eine verhältnismäßig kurze Zeit gegeben. Heute ist diese Zeit vorbei. Vor der Periode der Wirtschaftsfreiheit waren lange Jahrhunderte, die ohne Unternehmer gewirtschaftet haben, und in der kurzen Zeit der Wirtschaftsfreiheit haben sich so große Nachteile für die Allgemeinheit herausgestellt, daß der Staat sehr bald gezwungen war, die Freiheit wieder einzuschränken.

Wir wollen versuchen, diesen Tatsachen an der Hand einer Betrachtung des Verhältnisses des Staates zur Wirtschaft im Laufe der Geschichte nachzugehen. Wenn wir nur nach der großen, grundsätzlichen Stellung sehen, können wir in der Geschichte des Abendlandes vier typische Haltungen des Staates gegenüber der Wirtschaft unterscheiden. Wir sehen 1. den Typus des mittelalterlichen, 2. den des merkantilistischen, 3. den des liberalen und 4. den des modernen Staates.

Der mittelalterliche Staat ist ein Ständestaat. Über ihn ist in unserem Zusammenhang nur wenig zu sagen. Das Wirtschaftsleben stand unter starker genossenschaftlicher Bindung. Der Landbau der abhängigen Bauern und das zünftlerische Gewerbe waren alles andere als freie Wirtschaft.

Der merkantilistische Staat kann als eine Art Privatunternehmen der absoluten Fürsten bezeichnet werden. „Der Staat bin ich“ sagte Ludwig XIV. von Frankreich. Der absolute Fürst hatte an einem regen Wirtschaftsleben ein großes Interesse. Er brauchte für seine Heere und seine Hofhaltung Geld, und Geld konnte er sich nur auf dem Wege über die Wirtschaft beschaffen, entweder dadurch, daß er eigene Manufakturen und Domänen betrieb oder dadurch, daß er seine Untertanen besteuerte. Aber auch die Steuerquellen flossen umso lebhafter, je besser Handel und Gewerbe funktionierten. Die absoluten Fürsten wurden mit ihrem Streben, Geld ins Land zu ziehen, geradezu zu Erziehern der privaten Wirtschaft. Sie bauten Kanäle und Straßen, sie richteten Schulen ein und zogen gewerbetätige Bevölkerung ins Land, sie setzten Prämien auf Produktion und Ausfuhr, sie schützten die Fabrikanten durch hohe Zölle oder Einfuhrverbote für Fertigwaren, sie schufen ihnen günstige Produktionsbedingungen durch Höchsttaxen für Löhne und Ausfuhrverbote für Rohstoffe und Getreide, sie schützten die Handelsschiffahrt und den Außenhandel durch Verleihung von Monopolen. Der Kurfürst von der Pfalz wollte seine Fabrikanten „wie Kinder in der Wiege“ erziehen, König Friedrich II. von Preußen schimpfte über die Trägheit seiner Untertanen: „Der Plebs geht von der alten Leier nicht ab, bis man ihn bei Nase und Ohren zu seinem Vorteil zieht“. Allerdings fand das Streben der Fürsten nach Geld auch in weniger schönen Formen wie Sklavenhandel und Kolonialraub, Verkauf von Landeskindern an fremde Fürsten und Annahme von Subventionen gegen Kriegshilfe Ausdruck. In unserem Zusammenhang geht uns nur die Stellung des Staates zur Wirtschaft an, und da sehen wir, daß der Staat der Erzieher der Wirtschaft war und sie aufs höchste bevormundete.

Der liberale Staat weist ganz entgegengesetzte Züge auf. Als die Fabrikanten einmal da waren und das Gehen gelernt hatten, wurde ihnen das Gängelband des Staates unbequem. Was früher Wohltat war, wurde Plage und Hindernis; der Wunsch der Wirtschaft ging nach Freiheit. Wo der Wunsch da ist, ist auch bald die Begründung des Wunsches da. Mit dem kapitalistischen Unternehmertum entstand die klassische Nationalökonomie mit ihrer Lehre von der inneren Harmonie der kapitalistischen Wirtschaft. Man sah die Wirtschaft von Gesetzen beherrscht, die, wenn ihnen nur keine Hemmungen in den Weg gelegt werden, von selbst einen Zustand des höchsten Glückes für alle herbeiführen sollten. Jeder Eingriff von außen habe, sagte man, nur die Wirkung, daß er den kunstvollen Mechanismus stört und den Eintritt des für alle besten Zustandes verzögert. Für ganz besonders schädlich hielt man Eingriffe des Staates. Der Staat hat nach der Meinung der liberalen Theorie nur die Aufgabe, für die allgemeine Sicherheit zu sorgen. „Nachtwächterstaat“ hat ihn Lassalle genannt.

Die Parole der Wirtschaftsfreiheit drang seit etwa 1800 in allen europäischen Staaten durch. Der Staat zog sich von der Wirtschaft zurück. Die Domänen wurden zum großen Teil aufgelöst, die Manufakturen verkauft. Die privaten Abhängigkeiten wurden durch das große Gesetzgebungswerk der Bauernbefreiung aufgehoben, die Beschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung der einzelnen wurden durch die Gewerbefreiheit beseitigt. An die Stelle der Schutzpolitik trat der Freihandel. In den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hatte der Staat so gut wie keine eigene Wirtschaft mehr und die Eingriffe in die Wirtschaft der Privaten waren auf ein Minimum beschränkt. Ganz freie Wirtschaft hat es auch in dieser Zeit nicht gegeben.

Der moderne Staat ist wieder stärker an der Wirtschaft interessiert. Wir wollen verfolgen, wie das Interesse nach und nach wieder zunahm.

Verhältnismäßig früh mußte der Staat aus sozialpolitischen Motiven eingreifen. Die Harmonie, die die liberale Theorie versprochen hatte, kam nicht. Sie kam vor allen Dingen nicht für die Arbeiter in Frage, die in der Hölle der frühkapitalistischen Betriebe arbeiten mußten und dabei massenweise zugrunde gingen. Die ersten Beschränkungen erfolgten in Deutschland am Ende der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Die eigene wirtschaftliche Tätigkeit der Länder und Gemeinden nahm insbesondere nach der Reichsgründung stark zu. Es waren eine ganze Reihe von Gründen, die das Eingreifen der Behörden veranlaßten. An der Hand dieser Gründe wollen wir einen Überblick über die Gebiete geben, in denen wir heute staatliche Betätigung haben.

Zu sehr weitgehenden Eingriffen kam es dort, wo die Unternehmer durch ihre Tätigkeit eine Art Monopol bekamen. Das war der Fall bei der Post, bei Eisen- und Straßenbahnen, bei Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und in neuester Zeit beim Flug- und Autobusverkehr. In diesen Zweigen bringt die freie Wirtschaft eine ganze Reihe von Gefahren mit sich. Meist ist es unwirtschaftlich, zwei Versorgungssysteme, die einander Konkurrenz machen könnten, nebeneinander zu stellen. Werden sie dennoch geschaffen, so ist meist eine Uneinheitlichkeit der Versorgung, ein Durcheinander in den Fahrplänen und ein Wirrwarr in den Tarifen die Folge. Ist aber keine Konkurrenz vorhanden, so ist immer die Gefahr da, daß die Konsumenten durch das Monopol übervorteilt werden. In Deutschland hat man jedenfalls so schlechte Erfahrungen gemacht, daß die Länder und Gemeinden es vorgezogen haben, diese Wirtschaftszweige dem freien Unternehmertum zu entziehen.

Ein zweiter Grund für das Eingreifen des Staates ergab sich aus der Zusammenschlußbewegung in der Industrie. Als sich in den Kartellen die großen Wirtschaftsmächte bildeten, sah sich der Staat vor die Frage gestellt, ob er durch besondere Gesetze auf die Kartelle Einfluß nehmen wollte, oder dadurch, daß er selbst Unternehmer wurde. Da auf dem ersten Weg Schwierigkeiten entstanden, ging man den zweiten. Auf diese Art hat besonders Preußen seinen Grubenbesitz erworben. In Sachsen und Bayern haben wir es bei der bergbaulichen Tätigkeit des Staates meist mit älterem Besitz zu tun.

Ein dritter Grund ist steuerlicher Art. Um sich Einnahmen zu verschaffen, hat der Staat die Herstellung oder den Vertrieb von gewissen Waren, z. B. Tabakwaren, Branntwein, Zündhölzer u. a. in eigene Regie übernommen. Auf diesem Wege ist Deutschland erst in den Anfängen.

Ein vierter Grund liegt in der starken wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates während des Krieges. Der Besitz an Heereswerkstätten, an Anlagen zur künstlichen Stickstoffherstellung und zur Aluminiumgewinnung wurde nach dem Kriege nur zu einem ganz geringen Teil abgestoßen. Der größte Teil wurde in der Viag (Vereinigte Industrieunternehmen A.-G.) zusammengefaßt. Die zum Bau von Kriegsschiffen dienenden Werften und Maschinenfabriken in der Deutschen Werke A.-G. zusammengefaßt.

Ein fünfter Grund ist das durch die Wohnungswirtschaft hervorgerufene Versagen der privaten Bautätigkeit in der Wohnungsherstellung. Dadurch hat auf der einen Seite der Eigenbau der Gemeinden stark zugenommen, auf der anderen Seite sind die Gemeinden die wichtigsten Hypothekengeber für die privaten oder genossenschaftlichen Bauherren geworden.

Die starke wirtschaftliche Tätigkeit des Staates wurde nun selber wieder ein Grund für weitere Ausdehnung der Betätigung öffentlicher Stellen. Von den Elektrizitätswerken griff man zur Elektroinstallation und dem Vertrieb von Gebrauchsartikeln über. Ebenso in der Gasversorgung. Vom Verkehrswesen her schuf man sich eigene Reparatur- und Versuchsanstalten, vom Wohnungsbau her griff man auf den Betrieb von Ziegeleien, Zement-, Kalk-, Sandstein-, Säge- und Holzbearbeitungswerken über, vom Fischergewesen her nahm man den Vertrieb von Möbeln, Haushaltsgegenständen und Textilien in die Hand.

Auch nach der finanziellen Seite entstanden auf diese Art eine Menge von Beziehungen. Sie trafen mit älterer Betätigung auf diesem Gebiet zusammen. Im Versicherungswesen und in der Bodenkreditgewährung hat der Staat schon seit sehr früher Zeit Einfluß. Ebenso im Notenbankwesen. Zu diesen alten Tätigkeiten traten die neuen. Die finanziellen Beziehungen der Reichsunternehmen sind in der Reichskreditgesellschaft zusammengefaßt. Die Reichsbahn hat ihre finanzielle Spitze in der Verkehrs-Kredit-Bank. Außerdem sind im Besitz des Reiches die Deutsche Bau- und Bodenbank und die deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank. Die Länder haben ihre finanziellen Beziehungen in Landesbanken zusammengefaßt. Große Bedeutung haben die Kommunalbanken, in denen die Stadtfinanzen, die Woh-

nungsbau- und Gewerbekredite verwaltet werden, die Sparkassen, die sich oft zu Banken der kleinen Leute entwickelt haben und die Girozentralen, die einen großen Teil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs der Städte und über die Girozentralen den des Reiches zusammenfassen.

Im ganzen hat also die eigene wirtschaftliche Betätigung des Staates einen beträchtlichen Umfang angenommen.

Aber auch die Maßnahmen des Staates zur Förderung der privaten Wirtschaft haben stark zugenommen. Wir erinnern an die Schutzzollpolitik, die in Deutschland seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts getrieben wird, an die Bemühungen zur Standardisierung der Landwirtschaft, an die Exportkreditversicherungen, die Handelsverträge, die Subventionen und die Unterstützung durch staatliche Aufträge. Es hat seinen guten Grund, wenn man die heutige Handelspolitik als „neumerkantilistisch“ bezeichnet. Von einer freien Wirtschaft kann im modernen Staat nicht mehr die Rede sein.

Neben dem Staat treiben endlich auch noch die Genossenschaften eine umfangreiche und erfolgreiche Wirtschaft ohne Unternehmer.

Endlich ist der private Unternehmer, wo er noch vorhanden ist, nicht mehr frei. Mehr noch als durch den Staat ist der Unternehmer durch private Vereinbarungen und kapitalbedingte Abhängigkeit gebunden. Die Phrase vom freien Unternehmer ist nichts weiter, als eine Propagandallüge der Kapitalisten. Niemand glaubt weniger an sie, als die Kapitalisten selbst.

So zeigt uns gerade die geschichtliche Betrachtung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, daß die Fragestellung, ob die Wirtschaft vom freien Unternehmer oder von behördlichen Stellen zu führen ist, völlig veraltet ist. Die Frage ist heute die, ob die Wirtschaft, die über das Schicksal des ganzen Volkes entscheidet, unter der Herrschaft von privaten Mächten stehen soll, die keiner öffentlichen Kontrolle unterstehen, oder ob der Staat die Produktionsmittel im Namen der Allgemeinheit verwalten soll. Die Gefahr der Bürokratisierung ist heute bei den großen Konzernen genau so gegeben, wie in der öffentlichen Wirtschaft. Ja, bei der ersteren nimmt sie zu, während man in der öffentlichen Wirtschaft den Kampf gegen sie aufgenommen und Formen gefunden hat, die geeignet sind, sie zu beseitigen.

K. Schäfer.

In Arnheim phantasiert jemand!

Die holländische Druckerei „Arnheim“ in Arnheim, Rietgrachtstraat 68, ist mit ihren Lithographen und Steindruckern in Differenzen geraten und hat die Kündigung ausgesprochen. Ursache der Differenzen ist die Absicht der Firma, nicht mehr an den abgeschlossenen Tarif gebunden zu sein. Die Kündigung der Kollegen ist nun nicht ausgesprochen worden, um den Betrieb stillzulegen, sondern man hofft, Ausländer zu niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen zu bekommen. Diesen Floh hat anscheinend der Betriebsleiter der Geschäftsleitung ins Ohr gesetzt. Der Betriebsleiter, der ein Deutscher ist, phantasiert herum, daß er in Deutschland genügend Lithographen und Steindrucker bekommen könne, die den holländischen Kollegen in den Rücken fielen. Gegen solche Phantastereien ist natürlich nichts zu machen, aber Ehrensache der Kollegenschaft ist es, jedes Arbeitsangebot von der Druckerei „Arnheim“ abzulehnen. Sperrbrecherdienste leisten deutsche Kollegen nicht!

Man erwartet den Zustrom von 1 Milliarde Auslandskapital

Der deutsche Kapitalmarkt weist nach wie vor eine außerordentliche Flüssigkeit auf. In den nächsten Monaten ist der Zustrom weiterer Geldmittel zu erwarten. Aus der Kreuger-Anleihe strömen dem Reich in kurzer Zeit 460 Mill. zu. Außerdem wird zur Zeit die Mobilisierungsanleihe der Bank für internationalen Zahlungsausgleich aufgelegt, aus der Deutschland 400 Mill. Mark zu erwarten hat. In Amerika werden ferner Freigabegelder flüssig gemacht. Bekanntlich haben Banken und Industrieunternehmen aus Amerika noch ansehnliche Summen beschlagnahmte Gelder zu erwarten. Alles in allem kann man damit rechnen, daß in den nächsten Monaten ein Geldzustrom von mindestens 1000 Mill. Mark zu verzeichnen sein wird. Seit Jahresbeginn sind bereits 350 Mill. Mark Auslandsgelder nach Deutschland geflossen. Es wird also in Zukunft nicht an dem nötigen Betriebskapital fehlen. Woran es aber fehlen wird, das ist der frische Wagemut, die vorhandenen Geldmittel mit den ebenfalls vorhandenen Arbeitskräften in Verbindung zu bringen, damit sie gemeinsam in richtiger Weise eingesetzt werden können. Statt dessen werden die Unternehmer an dem Problem basteln, wie die Löhne herabgesetzt und die Arbeiter schikaniert werden können.

DIE GENOSSENSCHAFT

Der 6. Jahresabschluß der Arbeiterbank

Weiterer erfreulicher Aufstieg

Während alle anderen Banken stöhnen, daß sie die bisherige Dividendenhöhe nur durch Zugriff in die stillen Reserven aufrecht erhalten haben, konnte die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, wie der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht für das am 31. Dezember 1929 abgelaufene sechste Geschäftsjahr zeigt, ihren Reingewinn verdoppeln, wieder eine Dividende von 10 Proz. auf das im Vorjahre verdreifachte Aktienkapital ausschütten und 800 000 Mk. in Reserve stellen. Am Schlusse des vergangenen Geschäftsjahres war ein Einlagenbestand von 117 Millionen Mk. vorhanden, der sich am Schlusse des Jahres 1929 auf über 163 Millionen Mk. erhöht hat. Der Umsatz steigerte sich von 2,03 Milliarden Mk. auf 2,78 Milliarden Mk. und hat damit mehr als die doppelte Höhe des Jahres 1927 erreicht.

Die Aufrechterhaltung der Dividende von 10 Proz. bedingte diesmal, da im Vorjahre nur die alten Aktien in Höhe von 4 Millionen Mk. dividendenberechtigt waren, während diesmal das erhöhte Aktienkapital von 12 Millionen Mk. vollen Anspruch auf Dividende hatte, eine Aufwendung von 1 200 000 Mk. gegen 400 000 Mk. im Vorjahre. In welchem lebhaften Tempo die Steigerung der Einlagen erfolgte, möge der Hinweis zeigen, daß im Jahre 1924 erst 9 Millionen, ein Jahr später 21 Millionen, im Jahre 1926 eine Steigerung auf 36 Millionen und im Jahre 1927 auch erst Einlagen von 79 Millionen Mk. vorhanden waren. Im letzten Jahre war also eine Steigerung der Einlagen zu verzeichnen, die höher ist als die Steigerung vom zweiten bis zum Ende des vierten Geschäftsjahres.

Die Verwendung der Einlagen ist, wie im Geschäftsbericht ausgeführt wird, nach den gleichen Grundsätzen erfolgt wie bisher. 58,5 Millionen Mark sind bei Banken angelegt und zwar zu dreiviertel bei der Reichsbank und anderen Staatsbanken sowie sonstigen öffentlich-rechtlichen Banken und zu einviertel bei Großbanken und ersten Privatbanken. 95,2 Millionen Mk. sind gegen bankmäßige Deckung und nur 248 000 Mk. sind ohne Deckung ausgeliehen. Von den 95,2 Millionen Mk. Schuldnern entfallen 56,6 Proz. auf öffentlich-rechtliche Institute, Kommunalverbände, staatliche und provinzielle Stellen, auf kommunale Wirtschaftsbetriebe, auf Sozialversicherungsinstitute. Rund 40 Proz. sind an Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft, wie Bauherrenorganisationen, Bauproduktionsbetriebe und sonstige, der Güterproduktion oder der Güterverteilung dienende Organisationen ausgeliehen worden. Auch hier zeigt ein Vergleich mit den Vorjahren den glänzenden weiteren Aufstieg der Arbeiterbank. 1924 waren nur 4,4 Millionen, ein Jahr später 12,6 Millionen, 1926 schon 16,1 Millionen Mark ausgeliehen, 1927 waren es 42 Millionen, 1928 schon 61,9 Millionen Mk., während im abgelaufenen Jahre 95,2 Millionen Mk., das ist glatt die Hälfte mehr als ein Jahr zurück, ausgeliehen werden konnten. Der Restbetrag der Einlagen ist in börsengängigen Wertpapieren angelegt, die überwiegend aus festverzinslichen, meist mündelsicheren Papieren bestehen. Die Bewertung des Effektenbestandes erfolgt diesmal mit 9,4 Millionen Mk. gegen 9,6 Millionen Mk. im Vorjahre und ist, wie der Geschäftsbericht versichert, wieder sehr vorsichtig erfolgt, so daß darin stille Reserven liegen.

Der im Vorjahre erstmalig erschienene Posten „Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen“ ist mit 4,23 statt 4,1 Millionen Mk. bewertet. Hierin liegt in der Hauptsache die Beteiligung bei der Hannoverschen Boden-Kreditbank in Hildesheim, die ebenfalls kürzlich ihren Geschäftsbericht für 1929 veröffentlicht hat und wieder, wie schon in den letzten Jahren, 12 Proz. Dividende verteilt. Der prozentuale Zuwachs des Gesamtumlaufs an Pfandbriefen und Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen beträgt 16,7 Proz., das ist, wie im Vorjahre, der größte prozentuale Zuwachs bei sämtlichen Hypothekenbanken. Diese Zahlen bestätigen die Angabe des Geschäftsberichts, daß dieses Tochterunternehmen der Arbeiterbank sich bereits in nennenswertem Umfang die Endfinanzierung von Neubauwohnungen angelegen sehr lieb. Insgesamt hat die Arbeiterbank im Berichtsjahre im Wege des Zwischenkredits 10 117 Wohnungen finanziert. Im Vorjahr war die Zahl mit 8650 angegeben.

Der ebenfalls im Vorjahre erstmalig ausgewiesene Posten „Konsortialbeteiligungen“ (Gemeinschaftsbeteiligungen) ist diesmal mit 3,7 Millionen gegen 2,1 Millionen Mk. im Vorjahre bewertet. Die Filialen haben weiter günstig gearbeitet, insbesondere erwähnt der Bericht, daß die im Vorjahre neu errichtete Filiale in Bochum sehr erfolgreich tätig war. Die Sparkassenabteilung

konnte eine weitere beträchtliche Zunahme der Einlagen verzeichnen, wenn auch infolge der gesamten Wirtschaftslage die Zunahme der Einlagen nicht in dem stürmischen Tempo der letzten Jahre fortgesetzt wurde. Die Höhe der Spareinlagen wird nicht besonders ausgewiesen, was sich vielleicht in Zukunft ermöglichen läßt. Überhaupt sollten die Einlagen, die jetzt nur nach der Fälligkeit gegliedert sind, in Zukunft ebenso in ihrer Unterteilung ausgewiesen werden, wie dies auf der Aktivseite mit den ausgeliehenen Beträgen geschehen ist.

Der Rohgewinn hat diesmal 4,4 Millionen Mk. betragen gegen 2,8 Millionen Mk. im Vorjahre. Davon entfallen aus den Erträgen des Zinsen- und Devisengeschäfts diesmal 3 Millionen Mark gegen 1,7 Millionen Mk. 1928; aus Provisionen konnten 1,03 Millionen gegen 0,7 Millionen Mark im Vorjahre vereinnahmt werden. Die Handlungskosten werden mit 1,9 Millionen statt 1,5 Millionen Mk. 1928 ausgewiesen. Die Steuern haben 373 000 Mk. gegen 401 000 Mk. im Vorjahre betragen. Aus dem nach Abzug der Handlungskosten und Steuern einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre verbleibenden Reingewinn von 2,1 Millionen Mk. hätte mit Leichtigkeit eine noch höhere Dividende als 10 Proz. auf das 12 Millionen Mk. betragende Aktienkapital ausgeschüttet werden können. Der überschüssige Betrag wird zur Erhöhung der Reservekonten um 800 000 Mark verwendet. Der Reserve- und Spezial-Reservefonds beträgt jetzt zusammen 2,5 Millionen Mark gegen 1,7 Millionen Mark im Vorjahre, also mehr als ein Fünftel des Aktienkapitals. Es verbleibt dann schließlich noch ein Betrag von 109 000 Mark, der auf neue Rechnung vortragen wird. Das Gesamtbild des diesjährigen Abschlusses der Arbeiterbank ist demnach wieder ein hochofreuliches.

Bemerkenswert ist, daß der Teil des Geschäftsberichts, der sich mit der allgemeinen Lage befaßt, von einem großen Teil der Handels- und Börsenpresse einfach totgeschwiegen wird, während man sich sonst nicht genug tun kann und die abgedroschensten Unternehmerphrasen, wie sie in den meisten Jahresberichten immer wiederkehren, möglichst in Fettdruck wiedergibt. Nach Ansicht der Geschäftsleitung der Arbeiterbank ist das abgelaufene Jahr durchaus nicht als ein ausgesprochenes Krisenjahr zu bezeichnen. Produktionsindex, Außenhandelsziffern, die wesentliche Steigerung der Kopfleistung der Arbeiter besonders in der Schwerindustrie und die dadurch bedingte Steigerung der industriellen Leistungsfähigkeit zeigen ein anderes Bild. Es sei volkswirtschaftlich zu bedauern, daß sich die Rationalisierungserfolge nicht in entsprechender Senkung der Preise ausgedrückt haben. Die Preisentwicklung habe sich nur dort dem Konjunkturverlauf angepaßt, wo keine Durchorganisation der Wirtschaftszweige erfolgt ist, also bei den Verbrauchsgüterindustrien. Es könne keine Rede davon sein, daß die innere Kapitalbildung in beängstigendem Ausmaß zurückgegangen sei. Der kritische Charakter der Depression habe sich vielmehr aus der starken Stockung der Kapitaleinfuhr ergeben und die unzweckmäßige Haltung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen habe zur Verschärfung der Lage beigetragen. Vielfach seien eingeführte Kapitalien und auch im Inland aufgebrauchte Gelder falsch angelegt worden, oft sei bei dem Ausmaß der Rationalisierung die Rücksicht auf die Absatzmöglichkeit für die erweiterten und vergrößerten Betriebe außer Acht gelassen worden.

Der Geschäftsgang in den ersten Monaten des laufenden Jahres zeigt, wie in der Generalversammlung ausgeführt wurde, eine stetige Fortentwicklung des Unternehmens, so daß ein ebenso befriedigender Abschluß auch für das Jahr 1930 zu erhoffen ist.

Julius Fries.

Erhöhte Umsätze!

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, gibt ihren Bericht vom ersten Vierteljahr 1930. Der Gesamtumsatz betrug:

im ersten Viertel. 1930 118 041 718,86 Mk.
im ersten Viertel. 1929 114 541 547,90 Mk.

Mehrumsatz 1930 3 500 170,90 Mk. = 3,05%

An Erzeugnissen aus den eigenen Produktionsbetrieben wurden umgesetzt:

im ersten Viertel. 1930 30 949 599,27 Mk.
im ersten Viertel. 1929 28 677 301,96 Mk.

Mehrumsatz 1930 2 272 297,31 Mk. = 7,92%

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine berichtet gleichfalls über die Umsätze des ersten Vierteljahrs 1930:

A. Erzeugnisse der Druckerei und Papierwarenfabrik:
Umsatz im 1. Vierteljahr 1930 4 099 087 Mk.
Umsatz im 1. Vierteljahr 1929 3 153 787 Mk.
1930 mehr 945 300 Mk.

B. Versicherungsabteilung:

Umsatz im 1. Vierteljahr 1930 1 735 295 Mk.
Umsatz im 1. Vierteljahr 1929 1 847 216 Mk.
1930 weniger 111 921 Mk.

C. Elektrizitätswerk:

Umsatz im 1. Vierteljahr 1930 39 518 Mk.
Umsatz im 1. Vierteljahr 1929 27 744 Mk.
1930 mehr 11 774 Mk.

D. Gesamtumsatz:

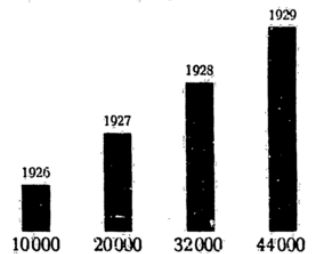
Umsatz im 1. Vierteljahr 1930 5 873 900 Mk.
Umsatz im 1. Vierteljahr 1929 5 028 747 Mk.
1930 mehr 845 153 Mk.

Der Umsatz der Versicherungsabteilung war durchaus befriedigend; der scheinbare Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1929 größere Objekte der GEG versichert wurden.

Wie komme ich zu einem Fahrrad?

Diese Frage wird jetzt, da das Frühjahrswetter eingesetzt hat, so manchen Kollegen bewegen. Die Zeiten sind schwer und das Geld für ein Fahrrad nicht immer gleich vorhanden. Hinzu kommt, daß das Fahrgeld für die Berufsfahrt infolge der Teuerung der Einkünfte noch ungewöhnlich schmälert. Da ist es notwendig, wieder einmal auf unser gewerkschaftliches Eigenunternehmen, das Lindcar-Fahrradwerk in Berlin-Lichtenrade aufmerksam zu machen. Die Abgabebedingungen sind immer noch die gleichen. Für 3,- Mark Wochenraten können die Kollegen in den Groß-Niederlagen, respektive Abgabälägern der Ortsausschüsse des ADGB, Lindcar-Räder beziehen. Da, wo Läger durch die Ortsausschüsse oder freigewerkschaftlichen Verbände nicht vorhanden sind, wird der Versand vom Werk aus direkt an die Besteller vorgenommen. Auskunft und Rat wird auf jeden Fall durch die Ortsausschüsse oder freigewerkschaftlichen Verbände erteilt.

Es ist bestimmt kein Zufall, daß die Umsatzkurve seit dem Jahre 1926 bis zum Schluß des Jahres 1929 unentwegt nach oben strebte. Das kleine, nachstehende Säulenbild veranschaulicht die sprunghafte Bewegung sehr deutlich:



Diese starke Umsatzsteigerung hat ihre Gründe in der guten Qualität der Räder und in den günstigen Verkaufsbedingungen, nicht zuletzt aber darin, daß sich die Kollegen im Reiche bewußt geworden sind, was sie neben ihren Organisationen nunmehr auch den wirtschaftlichen Eigenunternehmen schuldig sind. Wir zweifeln nicht, daß auch in diesem Jahre der Beweis dafür erbracht wird.

Die Protestbewegung gegen die Konsumgenossenschaftliche Ausnahmesteuer

Die Erbitterung über den aus mittelständlichem Haß und Egoismus verübten Raub von Millionen durch sorgsame, genossenschaftliche Haushaltsführung erzielten Ertrübrungen der Minderbemittelten und Armen schwillt von Tag zu Tag an und erfaßt somit auch die bisher noch indifferenten Verbraucherkreise. In den seit dem ungeheuerlichen Reichstagsbeschluß abgehaltenen Konsumgenossenschaftlichen General- und Vertreterversammlungen sind bereits unzweideutigste Entschlüsse gefaßt worden. Von allenthalben her wird gemeldet, daß man zu verstärkten Werbekampagnen übergehen will. Darüber hinaus wollen und werden die Konsumvereine ziel- und zweckbewußt ihre Leistungsfähigkeit erhöhen, ihre Betriebswirtschaftlichkeit steigern, die Eigenproduktion ihrer Zentralen erweitern und die Möglichkeiten der Ausdehnung auf neue Verbrauchsgebiete in stärkerem Maße erwägen. Der Anschlag auf die Konsumgenossenschaften soll unter Ausnutzung des gewaltigen Anstoßes von außen zum Vorteil und Erfolg der Konsumgenossenschaftsbewegung gewandelt werden. Es scheint, daß solches die Folge der Strafsteuer sein wird!

RECHT UND GESETZ

Die Angriffe der Arbeitgeberverbände gegen das Sozial- und Arbeitsrecht

II.

Jedoch langen die Einsparungen bei der Sozialversicherung nach Auffassung der Arbeitgeberseite immer noch nicht aus, um die kapitalistische Profitwirtschaft auf unabsehbare Zeit zu sichern. Deshalb ist man auf einen weiteren Plan verfallen, der nun wenigstens wirklich einmal etwas neues darstellt. Dieser Plan ist das Lohnnotopfer der Arbeiterklasse mit Zustimmung ihrer Gewerkschaften. Die deutsche Schwerindustrie hat neue Kartellverträge abgeschlossen. Als Folgeerscheinung dieser Vereinbarungen kommen eine Anzahl Werke der Schwerindustrie zur Stilllegung. (Siehe hierüber den Bericht in der „Gewerkschafts-Zeitung“ Nr. 12, 1930: „Herrschaft der Eisenkartelle“.) Unter den Werken, die hiernach zum Erliegen kommen müssen, befinden sich auch diejenigen des Stahlwerkes Becker in Krefeld. Sie sind nicht infolge allgemeiner wirtschaftlicher Krisenverhältnisse, sondern nur infolge der Rationalisierung und der Kartellverträge der deutschen Schwerindustrie überflüssig geworden. Die Werke des Stahlwerkes Becker in Krefeld waren daher besonders geeignet, die Möglichkeit der Durchführung des Lohnnotopfers der Arbeiterklasse mit Zustimmung ihrer Gewerkschaften zu erproben. Es kam noch hinzu, daß das Organisationsverhältnis in diesen Werken sehr ungünstig ist. Infolgedessen ist es leider auch gelungen, zuerst den Angestelltenrat für diese Pläne zu gewinnen. Die Arbeiter und die Angestellten der Werke sollten mit Zustimmung ihrer Gewerkschaften bereit sein, auf 15 Proz. ihres bisherigen Verdienstes zu verzichten. Wenn dies geschehen wäre, sollte die Inbetriebnahme der Werke für ein weiteres Jahr erfolgen, allerdings ohne irgendeine Sicherung der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten, deren Entlassung auch innerhalb dieses Jahres dann vorgenommen werden sollte, wenn die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schwereisenindustrie das erfordern.

Die Gewerkschaften sind natürlich auf diesen sauberen Plan nicht hineingefallen, aber im Gesamtrahmen der ständigen Angriffe der Arbeitgeberklasse gegen die Arbeiterrechte stellt dieses Lohnnotopfer, das von den Arbeitern und Angestellten des Stahlwerkes Becker verlangt wurde, einen Gipfel der Unternehmerdemagogie dar. Man hat sich für dieses Experiment beileibe nicht etwa Werke der Schwereisenindustrie ausgesucht, die nach dem Rationalisierungs- und Kartellierungsplan in Betrieb bleiben sollten, denn, da die Arbeiter unter keinen Umständen auf derartige Pläne eingegangen wären, da die Gewerkschaften unmöglich solchen Absichten zustimmen können, wäre man ja gezwungen gewesen, weiterzuarbeiten und zu beweisen, daß der Lohnabbau gar nicht notwendig ist. Infolgedessen nahm man das zum Untergang bestimmte Stahlwerk Becker; denn nachdem sich die Gewerkschaften geweigert haben, die verlangten Zugeständnisse zu machen, kann man nun behaupten, daß deshalb die Stilllegung erfolgen muß. Dabei war die ganze Sache schon vorher abgekartet.

Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit muß zwangsläufig bei der Ausgleichung der beiderseitigen Interessen zu schweren Arbeitskämpfen führen. Niemand wird sich darüber empören oder entrüsten. Den Gewerkschaftsmitgliedern erscheint es sogar selbstverständlich, daß solche Kämpfe unausbleiblich sind. Empören und entrüsten müssen sich aber die Angehörigen der Arbeiterklasse über die Methoden, mit denen die Arbeitgeberklasse glaubt ihre Kämpfe durchführen zu müssen. Selbst im Weltkriege, wo es auf das Leben von Millionen Menschen doch wirklich nicht angekommen ist, war es verboten Dum-Dumgeschosse zu verwenden. Im Wirtschaftskampf scheint es dagegen arbeitgeberseitig nicht nur erlaubt, sondern sogar ehrenwert zu sein, solche Mittel anzuwenden. Es ist geradezu beschämend, daß auch die Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: „Der Arbeitgeber“ vom 1. April 1930 die rührsame Geschichte von dem Stahlwerk Becker erzählt und die Gewerkschaften dafür verantwortlich macht, daß dieser verantwortungsvolle Vorschlag der deutschen Arbeitgeber, die deutsche Wirtschaft im Interesse der deutschen Allgemeinheit „gesundet“ zu lassen, zu schanden geworden ist. Aus der Demagogie eine Weltanschauung zu machen, scheint Streben und Ziel der deutschen Arbeitgeber zu sein.

Diese eigenartige neue Lohnpolitik der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände findet ihre Ergänzung in den dauernden Angriffen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gegen das Schlichtungswesen. Nach dem

Geschäftsbericht derselben für 1927/29 ist nach wie vor das Ziel der Arbeitgeberverbände „die Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen und die Ausschaltung des politischen Lohnes“. Man muß diese geheimnisvolle Ausdrucksweise in nüchternes Deutsch übersetzen. Sie lautet dann: „Verweigerung von Lohnerhöhungen und Abschaffung des Schlichtungswesens“.

In der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ wird in einem Artikel: „Soziologische Betrachtungen zur Schlichtungsfrage“ von Grauert (Nr. 7 vom 14. Februar 1930), einem zweiten Artikel: „Eine weitere Betrachtung der Schlichtungsfrage“ von Tarnow (Nr. 8 vom 21. Februar 1930) und in einem dritten Artikel: „Schlußbetrachtung zur Schlichtungsfrage“ von Grauert (Nr. 10 vom 7. März 1930) das Schlichtungsproblem erneut aufgegriffen. Grauert (der Geschäftsführer der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen-

über Tarnow stellt es jedoch dar, wenn Grauert diesem die Auffassung unterstellt, die Gewerkschaften würden nunmehr die Rationalisierung als eine Maßnahme kapitalistischen Übermut und Kurzblicks hinstellen, während Tarnow selbstverständlich nur sagen wollte, daß das Problem nicht nur in der Rationalisierung als solcher liegt, sondern auch in der Verbilligung der Preise, in der Verkürzung der Arbeitszeit und in der Erhöhung der Löhne.

Die Forderungen von Grauert sind: Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung. „Bis zur Erledigung eines Schlichtungs- bzw. Ermittlungsverfahrens vor dem Gutachterausschuß dürfen Arbeitskämpfe von keiner Partei begonnen werden“. „Der Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 15. März 1930 schreibt, daß es besonders erwünscht wäre, wenn die weiteren gewerkschaftlichen Erörterungen insbesondere auch auf die konkreten Vorschläge Grauert's eingehen würden.

Von konkreten Vorschlägen im Sinne des Schlichtungswesens kann aber keine Rede sein. Vielmehr handelt es sich um die Beseitigung des Mittels des Staates, im Interesse der Allgemeinheit und der sozial zurückgebliebenen Arbeiterschichten, in die Lohnbildung einzugreifen und den Arbeitsfrieden auf diese Weise zu sichern. Derartige Hemmungen für die Arbeitgeber sollen nach Auffassung von Grauert in Zukunft wegfallen. Dagegen soll durch das von ihm geforderte Kampfverbot den Gewerkschaften eine weitere Hemmung auferlegt werden. Sie sollen auch nach Ablauf eines Tarifvertrages nicht durch Arbeitskämpfe die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen dürfen. Dafür soll ein Sachverständigenrat die Tragfähigkeit der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Forderungen der Arbeiter prüfen. Da diesem Sachverständigenrat von Arbeitgeberseite erschöpfende und objektive Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt würden, wäre es gar nicht in der Lage, die ihm zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Jedenfalls würde es sehr lange dauern können, bis ein Ergebnis zustande käme. Würde dieses Ergebnis aber wirklich zugunsten der Arbeiter ausfallen, dann würde wiederum erst nach der Kampf um die Anerkennung der für nötig gehaltenen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen beginnen müssen.

Das sind die Pläne von Grauert, die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände lebhaft unterstützt werden. Wir legen sie zu all dem übrigen, was die Arbeitgeber bisher auf diesem Gebiete zum besten gegeben haben. Die Gewerkschaften haben ebenso zwangsläufig Funktionen zu erfüllen wie die Arbeitgeberverbände. Die Gewerkschaften sind entstanden, um den Anteil der Arbeiter an der Zivilisation und Kultur nicht nur zu sichern, sondern auch zu verbessern. Ausschlaggebend ist nicht allein, was die Wirtschaft tragen kann, sondern auch, was der Mensch zu einem erstrebenswerten Dasein haben muß. Es geht um eine andere Verteilung des Ertrages der Wirtschaft, es geht um eine andere Wirtschaftsordnung: um die Wirtschaftsdemokratie. Auf dem Wege zu diesem Ziel ist das Schlichtungswesen eine Etappe. Weder Grauert noch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände werden diese Tatsachen aus der Welt schaffen. Gewiß liegen Rückschlüsse im Bereich der Möglichkeit. Das Schlichtungswesen bzw. die Verbindlichkeitserklärung kann vorübergehend verschwinden. Wir glauben nicht, daß das der Fall sein wird, sondern daß das Schlichtungswesen unter allen Umständen ein untrennbarer Bestandteil der höheren Wirtschaftsordnung, die wir erstreben, ist.

Von großem Interesse ist auch die Stellungnahme der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrem Geschäftsbericht über die Betriebsrätebewegung. Es ist aber nicht notwendig, die Ausführungen hierzu in dieser Darstellung zu wiederholen, weil das bereits in dem Artikel: „Die große Bedeutung der Betriebsräte“ vor einigen Wochen ganz ausführlich geschehen ist.

Aus allem ergibt sich nun, daß die Arbeitgeber ununterbrochen mit aller Energie in Tat, Wort und Schrift gegen die Interessen der Arbeiterklasse ankämpfen. Sie wollen ihre „Herr-im-Hause-Stellung“, die sie vor der Schaffung des kollektiven Arbeitsrechtes bis zum Jahre 1918 inne hatten, wieder herstellen. Diese Bestrebungen werden dann keinerlei Erfolg haben, wenn die Arbeiter ebenso entschieden für den Ausbau ihrer Gewerkschaften eintreten, wenn sie ihren Gewerkschaften die Treue halten und dafür wirken, daß die noch keiner Gewerkschaft angehörenden Arbeiter ebenfalls endlich ihre Klassenlage erkennen und Gewerkschaftsmitglieder werden. An der gesamten Macht der vereinigten Arbeiterklasse werden alle Angriffe der Arbeitgeberklasse scheitern.



Ausgänge und Treppenhäuser nicht durch Gegenstände verstellen!

Feuerbeständige und feuerhemmende Türen in geöffnetem Zustande nicht feststellen oder festhaken!

Feuerlöschgeräte in Ordnung halten!

Feuerwehr im Brandfalle sofort alarmieren und ihren Anordnungen folgen!

Vor allen Dingen bei Feuersgefahr immer die Ruhe bewahren und den Kopf oben behalten!

und Stahlindustrieller, bekannt durch den Ruhr-Eisenstreit und die große Aussperrung im November 1928) ist natürlich Gegner des Schlichtungswesens. Nach ihm wird durch das Schlichtungswesen die Privatwirtschaft im Kern getroffen. Das Schlichtungswesen untergräbt die Verantwortung vor allem bei den Gewerkschaftsführern. Der Erfolg der Schlichtungspolitik war in den Jahren 1928 und 1929 eine jährliche Mehrbelastung der Wirtschaft von 1,8 Milliarden Reichsmark. Im übrigen hat außer diesen Behauptungen, die ebenfalls nicht neu sind, Grauert nichts besonderes zu sagen. Deshalb nennt er seine Ausführungen auch eine „soziologische“ Betrachtung.

Von Tarnow wird ausführlich und überzeugend nachgewiesen, daß die Behauptung von Grauert, die Belastung der Wirtschaft 1928/29 durch das Schlichtungswesen habe 1,8 Milliarden Reichsmark betragen, auf einer sehr leichtfertigen Rechnung beruht und vollkommen unrichtig ist. Grauert erwidert hierauf in seiner Schlußbetrachtung sehr kleinlaut, Tarnow habe es unternommen, die gewaltige, von Grauert auf 1,8 Milliarden Reichsmark bezifferte Mehrbelastung ganz hinwegzudiskutieren, was Tarnow gar nicht eingefallen ist. Grauert behauptet in seiner Entgegnung, daß es auf die Höhe der von ihm angegebenen Summe gar nicht ankomme, obwohl er selbst diese Summe doch genannt hat, um damit das Schlichtungswesen als ein besonders schlimmes Schreckgespenst hinzustellen. Ein noch viel schlimmeres Vergehen gegen die Regeln sachlicher Polemik gegen-

LITERATUR UND KUNST

Hans Baluschek

zu seinem 60. Geburtstag am 9. Mai

Von Walther G. Oschirwski.

Ein Mann, durch Bekenntnis und sozialkünstlerische Leistung dem deutschen Proletariat mit Herz und Hirn zugehörig, feiert am 9. Mai seinen 60. Geburtstag. Das ist nur in Anbetracht der jugendfrischen Elastizität des heute zu ehrenden Künstlers um Gotteswillen kein besonderer Anlaß, ihn im Museum der verstaubten Raritäten zu begraben, sondern nur die dankende Erinnerung, das Werk dieses prächtigen Menschen, das in seiner künstlerischen Vollendung zu einem wesentlichen Beitrag einer noch zu schreibenden Kulturgeschichte des Proletariats (Otto Rühle ist auf dem Wege dazu), in uns wachgerufen und denen, die es noch nicht kennen, wenigstens im Aufriß einer Einführung bekannt machen zu helfen. Wir glauben dies nicht besser tun zu können, als wenn wir die persönliche Entwicklung des Künstlers zu einer charakteristischen und deutungsreichen Schilderung des Lebenswerkes benutzen.

Hans Baluscheks Vorfahren entstammen ukrainischen Bauernfamilien, von denen sich ein Zweig um 1800 auf preußischem Boden, in Schlesien, ansiedelte. Der Vater Baluscheks verläßt diese bodenständige Bauerntadt und wird Landmesser im preußischen Eisenbahnverwaltungsdienst. In Breslau wird am 9. Mai 1870 Hans Baluschek geboren. Das Elternhaus, in dem der Geist einer von der Verknöcherung des kaiserlichen Beamtenums nicht beengten freiheitlichen Gesinnung lebte, war dem jungen Baluschek eine glückliche Heimat seiner Entwicklung. Zu dieser sauberen, gesunden Luft, in der er aufwuchs, kam die frühe Berührung mit dem proletarischen Milieu und mit Arbeiterkindern. Mit dem Vater geht er in Werkstätten, Fabriken, Verkehrsanlagen und Arbeiterquartiere, deren großstädtische und industrielle Licht- und Schattenseiten in ihm einen nicht mehr auszulöschenden Eindruck hinterlassen. Hier, in dieser Welt der Arbeit und des Elends, die den mit früherer Beobachtungsgabe ausgezeichneten Knaben erste Bekanntschaften und Freundschaften von wähernder Dauer schließen ließ, prägen sich die ersten sozialen Erlebnisse in seine Seele. In Berlin (der Vater war nach hier versetzt worden), werden wieder Arbeiterkinder seine Freunde, und auch, nachdem er neunjährig von der Gemeindeschule in das Askanische Gymnasium hinüberwechselte, bleiben diese Beziehungen in ihrer warmherzigen Natürlichkeit bestehen. Keine Frage, daß die Bürgersöhnchen über seinen Verkehr mit der ärmlich gekleideten Proletariatsjugend spotten. Baluschek machte sich auch schon seinerzeit einen Dreck daraus. Dieser Jugend fühlte er sich zugehörig. Gemeinsam verbringt er mit ihr die Sonntagsnachmittage in der alten Berliner Hasenheide, auf Rummelpätzen und in volkstümlichen Bierlokalen, um dem wirklichen Leben des Volkes auf den Leib zu rücken. Diese Zeit hat Baluscheks sozialkritisches Auge schärfen helfen. Schon erkennt der Knabe in all der grellbunten Lustigkeit der Proletariatsvergnügen die geistige und seelische Heimatlosigkeit des arbeitenden Volkes. Irgendwie hat er schon das Gefühl, daß das alles nur Kulissen um eine grausame Wirklichkeit sind. Tiefwurzelnde künstlerische Erlebnisse kann ihm auch die schale Gipsbäckerei der antiken Nachbildungen, die ihm in den Zeichenstunden der Schule begegnen, nicht vermitteln. Erst die große Kollektivausstellung des russischen Malers Wereschschagin im Jahre 1882, dessen Bilder durch ein besonderes antimilitaristisches, zeitkritisches Temperament Aufsehen erregen, führt ihn auf den rechten Weg und erweckt in ihm den künstlerischen Genius. Kunst ist also, so sagt er sich, doch nicht nur ein ästhetisches Vergnügen. Ästhetisches Vergnügen ist nicht um ihrer selbst willen da (l'art pour l'art). Mangelt ihr die große ethische Eindringlichkeit, ist sie nur eine Angelegenheit satter Genießer. Von dieser erlebnisreichen Erkenntnis beeindruckt, fängt er an zu zeichnen. Das anfängliche Kopieren nach Vorbildern befriedigt ihn nicht. Er muß sich die Umwelt in ihrem plakathaften Glanz, der über Elend und dauernde Not, die in der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie ihre Ursachen hat, hinwegtäuschen soll, selbst erobern. Proletariatskörper, Arbeitermassen, Eisenbahnen, Mietskasernen, wirft er mit Kohle und Bleistift auf das Papier. Es sind, wie der verdienstvolle Kulturkritiker Friedrich Wendel in seinem empfehlenswerten Baluschek-Werk (bei J. H. W. Dietz, Berlin) richtig ausführt, keine eigentlichen Studien im handwerklich-technischen Sinne, sondern dem noch ungeahnten Zwang einer künstlerischen Gesetzmäßigkeit unterworfen, „Notierungen zum Entwurf eines sozialen Gesamtbildes“. Auch die erste Lektüre des großen Arbeiterromans „Germinal“ von Emile Zola beeinflusst seine künstlerische Entwicklung. Ja, mehr als das; sie hilft seinem

zeichnerischen und malerischen Stil durch die Aufnahme des durch Zola in der Literatur ausgebildeten sozialkritischen und gesellschaftsanalytischen Naturalismus (dem Marxismus in der Kunst!) in seiner ganzen Wesenhaftigkeit bestimmen.

Aber nicht nur die analytische Technik Zolas imponiert ihn, sondern vor allem auch das kämpferische Ethos des großen Romanciers, das sich dem aus den Tiefen hervorbrechenden Selbst- und Klassenbewußtsein verbrüder. Schon in dieser Zeit sucht der nun siebzehnjährige Baluschek Anschluß an sozialistisch und sozialrevolutionär aufgewühlte Kreise zu finden. Der Vater war inzwischen nach Siralsund versetzt worden, und um den am dortigen Gymnasium unterrichtenden Genossen Dr. Max Schütte (den Berliner Arbeitern noch heute bekannt), ein Feuerkopf, der mit Bebel und Liebknecht sympathisierte und bald darauf als der erste gemäßregelte Oberlehrer die Schule verlassen mußte, hatte sich ein kleiner Debattierklub von 6 bis 7 Sekundarern und Primanern gebildet. Baluschek schließt sich diesem an und im Kreise gleichgesinnter Kameraden werden vor allem die sozialistischen Theorien in ihrer ideologischen Bezogenheit und in ihrer Wirkung auf Weltanschauungsfragen in streitbare Auseinandersetzungen gebracht. Besonders die Erörterung religiöser Probleme, die naturgemäß dem angehenden Theologen am Herzen lagen, erhitzen die Geister. Baluschek zeigt schon hier sein sicheres Gefühl für den Einschuß jeder kulturellen Wirklichkeit in die ökonomische Gesetzmäßigkeit der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft, die auf einer kapitalistischen Anarchie beruht, und versucht durch strenge Kontrolle des Erarbeiteten den Ursachen des proletarischen Elends auf den Grund zu kommen. Durch das Bekenntnis zu einem gesunden Rationalismus und Realismus läuft er nicht Gefahr, einer verschwommenen sozialen Gefühlsduselei, die gerade am Ende des vorigen Jahrhunderts in den sogenannten gebildeten Kreisen im Schwunge war, zu verfallen. Fern jeder Schwarmgeisterei entwickelt der junge Baluschek auch hier schon die besondere Art seiner aktiven, zuchtvollen, elastischen Dialektik, mit denen er die Debatten des kleinen Kreises in Bewegung hält. Er wird Sozialist aus herzogeborener Überzeugung, Klassenkämpfer aus der ehernen Erkenntnis von der historisch bedingten Ablösung der bestehenden bürgerlichen Unordnung durch die proletarische Klasse. Als er 1889 das Abiturientenexamen mit bester Note bestanden hat, tritt die Frage der Berufswahl auf. Maler will er werden, es ist die selbstentschiedene Antwort. Er geht nach Berlin auf die Hochschule für bildende Künste. Selbstverständlich kann ihm die Akademie von Werners, dieses bombastischen Kunsttompeters des Wilhelmismus, abgesehen von der handwerklichen Durchbildung seines zeichnerischen und malerischen Temperaments, nicht das geringste bieten. In der Folgezeit bemüht er sich durch die Aufnahme volkswirtschaftlicher Studien die Kompliziertheit des kapitalistischen Mechanismus zu ergründen. So beginnt sich sein Weg immer stärker zu markieren. Auch medizinische Studien benutzt er als technisch-geistige Hilfsmittel zur Herausbildung seines künstlerischen Sozialwillens. Nachdem er 1895 die Akademie verlassen hat, beginnt er das entbehrungsreiche Leben als ein von hohen Idealen erfüllter Künstler. Er wird dann Mitarbeiter von einigen Arbeiterblättern und Zeitschriften. Er besucht Parteiversammlungen und unterstützt durch Interesse und Teilnahme den politischen Tageskampf der sozialistischen Bewegung. Und immer wieder zwingt ihn sein sozialistischer Glaube in unzähligen Bildern und Zeichnungen (in Öl mit Tempera, eine eigene Maltechnik Baluscheks, in Pastell, mit Kohle, Kreide und Feder) Kleinbürger und Arbeiter und die Deklassierten und Abgetriebenen der bürgerlichen Gesellschaft: Zuhälter, Dirnen, Landstreicher darzustellen. Als Sozialist sieht er die von kapitalistischer Barbarei verwüstete Welt und als Sozialist will er sie durch sein malerisches und zeichnerisches Werk, das in seiner sozial-künstlerischen Analyse von unerbittlicher Objektivität dem Befreiungskampf der Arbeiterschaft parallel geht, zu gestalten und zu verändern versuchen. Einen ersten künstlerischen Erfolg ermöglichte ihm die von Max Liebermann, Leistikow und andere gegründete Sezession, die dem öden akademischen Konventionalismus des wilhelminischen Kunstbetriebes den Kampf ansagte. Max Liebermann, der ihm in Freundschaft noch heute verbunden ist, nimmt ihn mit in den Vorstand. Mit dem großen, prachtvollen Kolossalgemälde „Der Bahnhof“ 1907 begründet er seinen Ruhm und dokumentiert den Sieg eines lebendigen, malerischen Naturalismus. Was heißt da noch optische Eindrucks-kunst (Impressionismus) oder seelische Ausdruckskunst (Expressionismus)! Baluscheks neuer sozialer Naturalismus ist beides in eins. Hierin offenbart sich die

ganze ungewöhnliche Einmaligkeit seiner künstlerischen Leistung.

Der Krieg wirft den Landsturmmann Baluschek aus der Arbeit. Bilder, vor allem Zeichnungen, von einer schonungslosen Realistik, entstehen. Eine Mappe sammelte einen Teil dieser Kriegsbilder, deren antimilitaristische Tendenz auch in ihrer Sachlichkeit (oder vielleicht gerade darum) unverkennbar ist. Wilhelm II. selbst verhindert, daß sie den organisierten Wahnsinn bedenkenden hilft.

Aus der nun hiermit kurz zusammenfassend skizzierten äußeren und inneren Entwicklung Hans Baluscheks sollte seine besondere Bedeutung für die Arbeiterschaft ersichtlich werden. Denn ihr ist es aufgegeben, das Werk des Künstlers in wähernder Dankbarkeit als inneres Besitztum zu betreten. Es gab im Laufe der Zeit, in der sein Werk größeren Kreisen sichtbar wurde, viele einordnende und kritische Bewertungen, die nicht immer seine wahre Werthaftigkeit in der künstlerischen Breite und Tiefe postulierten. Für den einen ist er nur der Eisenbahnmaler, grandios in der sicheren Bewältigung der von ihm geliebten Dynamik des industriellen Zeitalters, für andere hat er nur die Lyrik des Großstadtlebens, der Vorstädte mit ihren Laubenkolonien, der Schutzplätze und dem dürrn Wind trotz der barocken Ärmlichkeit in zauberhafter Darstellung erschöpft. Wieder andere sahen in ihm nur den Chronisten des Kleinbürgertums, das er in ihrer klassenmäßigen Unentschiedenheit, in ihrer schalen Vergnügungsprimitivität nie humoristisch, sondern in der Aufzeichnung echter volksfreundlicher Liebe sah. Das alles ist richtig, sind aber doch nur thematische Teile. Es kommt aber darauf an, diese Teile zu dem großen sozialkünstlerischen Gesamtwerk, das die seelische und geistige Wirklichkeit des Kleinbürgertums und des Proletariats aufzeigt zusammenzuführen. Das erst ist der ganze Baluschek und dann erst besitzen wir in seinen vielen Bildern und Kartons, die in meisterhafter Form und gläubiger Gesinnung Zeugnis eines neuen künstlerischen Kollektivismus sind, das Fundament, von dem die Entwicklung der proletarischen klasseneigenen Kunst ihren Ausgang nehmen wird.

Vom Wiegendruck zur Bremer Presse

Von Arno Kapp.

Der Leiter der Leipziger Stadtbibliothek, Dr. Joh. Hofmann, ist seinem Versprechen, die Schätze seines Instituts auch weiten Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen, treu geblieben. In einer Sonderausstellung von Meisterdrucken des 15. Jahrhunderts bis zur Gegenwart gibt er ein prägnantes Bild der Entwicklung vom Wiegendruck bis zur Bremer Presse.

Die Auswahl der Drucke ist erfolgt unter dem Gesichtspunkte ihrer hohen drucktechnischen und künstlerischen Qualität. Wenn Hofmann sich dabei manche Beschränkung hat auferlegen müssen, so liegt gerade in dieser sparsamen Auswahl der hohe Wert dieser erlesenen Bücherschau. Die Hauptlinien der Buchdruckerkunst treten so umso klarer in Erscheinung. Man erkennt sofort im Ausstellungsraum — und das will viel besagen —, daß der Edeldruck der Gegenwart trotz seines schöpferischen Gestaltungswillens in der historischen Tradition keine Wurzel findet. Es führt ein direkter Weg von der überragenden Höhe der ältesten Druckwerke über Baskerville, Bodoni, Didot, zu William Morris und den Janus-, Insel-, Cranch- und Bremer Pressen. „Diese Wiedergeburt der in der Frühzeit schon vollendeten schwarzen Kunst wird auch in Zukunft fort dauern, solange Bücher noch mit gegossenen Typen gedruckt und nicht mit ganz anderen neuen Mitteln der Technik nach den ihnen entsprechenden, veränderten Kunstgesetzen geschaffen werden.“

Nur mit einem Gefühle des Neides wird der Fachmann einen Druck Peter Schöffers vom Jahre 1473, Augustins „De civitate dei“, betrachten, der in Rotdruck das Signet Schöffers trägt. An herrlichen Drucken seien noch aus dem 15. Jahrhundert erwähnt solche der Augsburger Meister Anton Sorg (1489) und Günther Zainer (1471), ferner Anton Kobberger, Nürnberg (1485), mit einer Holzschmittbibel. Von Leipziger Druckern dieser Epoche sind nur zwei Werke der Offizin Konrad Kachelofens ausgestellt, die mit Holzschmitt geschmückte „Ars moriendi“ sowie ein „Missale Misense“ aus dem Jahre 1495.

Das 16. Jahrhundert zeigt Druckwerke aus Venedig, Fossombrome, Paris, Nürnberg, Augsburg, Basel, Wittenberg, Frankfurt, Amsterdam und Leipzig. Als kostbarstes Gut aus dieser Epoche ist ein Nürnberger Druck von Albrecht Dürers „Unterweisung der Messung mit dem Zirkel und Richtscheit“, mit Originalholzschmitt des Künstlers, anzusprechen.

Das 17. Jahrhundert zeigt Antwerpener, Amsterdamer und Pariser Drucke mit prächtigen Kupfern. Unter den Druckern des 18. Jahrhunderts sind ausgestellt Johannes Pine (London), Barrois (Paris), Salomon Geßner (Zürich), Giambassista Bodoni (Parma), Joh. Baskerville (Birmingham) und M. G. Weidmanns Erben (Leipzig) mit sämtlichen Werken Gellerts, die von Geyfer gestochene Porträtkupfer Graffs enthalten.

Die Oberleitung ins 19. Jahrhundert bringen die Leipziger berühmten Verleger Georg Joachim Götschen, Johann Gottlob Breitkopf und Karl Tauchnitz. Sie verhalfen Leipzigs Druck-Erzeugnissen zu hohem Ansehen, waren sie doch meist die Verleger unserer Klassiker.

Die Ausstellung zeigt mit aller Deutlichkeit, daß unser heutiger Buchkünstler nichts anderes ist, als der verlorengegangene Werkstättenkünstler. Schon um dieser Feststellung willen sollte diese Ausstellung das ungeteilte Interesse der Arbeiterschaft finden, vor allem aber das der Leipziger graphischen Arbeiter. Erwähnt sei noch, daß der Katalog dieser Ausstellung kostenlos in nur 300 Exemplaren in der Leipziger Offizin von Poeschel & Trepte gedruckt ist, und zwar gesetzt aus der Schrift des Leipziger Stempelschneiders und Schriftgießers Anton Janson (1671—1687).

Erholungsheime der Arbeiterschaft!

Die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H. (Adefe) mit dem Sitz Jena und die Ferienheim-Genossenschaft „Naturfreunde“ e. G. m. b. H., Sitz Jena, Marienstraße 4, haben ihren Prospekt für die diesjährige Saison herausgebracht. Der Prospekt hat eine gediegene, inhaltreiche Aufmachung und ist drucktechnisch eine sehr gute Leistung. Er läßt vermuten, daß seine Sachbearbeiter mit viel Liebe an diesem Werke tätig waren.

Die beiden Organisationen besitzen zur Zeit 7 Ferien- und 6 Wanderheime. 7 inmitten prächtiger Hochwälder Thüringens, 2 in idyllischer Heidegegend, 1 im märkischen Seengebiet, 1 in den Wäldern des Vogtländischen und 1 im Ost-erzgebirge, 1 im Leinwald bei Altenburg (Thür.).

Die Heime, die nur durch tatkräftige Unterstützung der deutschen freien Arbeitnehmerbewegung geschaffen werden konnten, sollen Stätten sein, in denen sich gleichgesinnte Menschen finden, um losgelöst vom körper- und nervenverbrauchenden Daseinskampfe kürzere oder längere Zeit auszuspazieren in gesunder, reiner Luft und in landschaftlich reizvollen Gegenden.

Die Preise sind auch für den weniger Bemittelten als erschwinglich zu bezeichnen. Die Heime werden gemeinnützig betrieben.

Prospekte stehen auf Anfordern gern zur Verfügung. Anfragen wolle man Rückporto beilegen.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Ein internationales Wirtschaftssystem, Staat und Wirtschaft. / In Arnheim phantasiert jemand! / Man erwartet 1 Milliarde Auslandskapital.

Die Genossenschaft: Der 6. Jahresabschluß der Arbeiterbank. / Erhöhte Umsätze. / Wie komme ich zu einem Fahrrad? / Die Protestbewegung gegen die Konsumgenossenschaftliche Ausnahmesteuer.

Recht und Gesetz: Die Angriffe der Arbeitgeberverbände gegen das Sozial- und Arbeitsrecht II. Notausgang stets frei halten.

Literatur und Kunst: Hans Baluschek. / Vom Wiegendruck zur Bremer Presse. / Erholungsheime der Arbeiterschaft.

Den Toten zum Gedächtnis. / Anzeigen.

Den Toten zum Gedächtnis!

1930.

† Am 4. Februar in Barmen-Elberfeld **Walther Bergmann**, Stein-drucker aus Barmen-Elberfeld, 59 J. alt, an Gelbsucht, krank 5 W. und 4 T. — Eingetr. in Barmen-Elberfeld am 18. Mai 1919.

† Am 4. März in Berlin **Carl Mohr**, Lichtdruck-Präparateur aus Weende Kr. Göttingen, 41 J. alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Vergiftung. — Eingetr. in Berlin am 8. Januar 1922.

† Am 7. März in Berlin **Maximilian Hirsch**, Steindrucker aus Muskau Kr. Rothenburg, 71 J. alt, an Arterienverkalkung, krank 15 W. — Eingetr. in Brandenburg a. d. H. am 2. Mai 1891.

† Am 7. März in Berlin **Richard Schütz**, Xylograph aus Berlin, 43 J. alt, an Darmkrebs, krank 19 W. — Eingetr. in Berlin am 10. Mai 1925.

† Am 12. März in Berlin **Max Kinzel**, Lithograph aus Berlin, 57 J. alt, an Herzmuskelschwäche, Invalide seit 2. August 1927. — Eingetr. in Berlin am 26. Dezember 1897.

† Am 15. März in Braunschweig **Friedrich Scheider**, Kartograph aus Hildburghausen, 63 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Braunschweig am 12. Dezember 1920.

† Am 17. März in Berlin **Jean Trumpfheller**, Chemigraph aus Frankfurt a. M., 23 J. alt, plötzlich an Lungenleiden. — Eingetr. in Offenbach a. M. am 22. März 1925 (vorher Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband seit 5. Oktober 1921).

† Am 18. März in Leipzig **Gustav Breitfeld**, Steindrucker aus Leipzig, 73 J. alt, an Arterienverkalkung und Herzschwäche, Invalide seit 14. Oktober 1927. — Eingetr. in Weimar am 1. Januar 1893.

† Am 21. März in Leipzig **Paul Sonnenschildt**, Lithograph aus Brandis, 65 J. alt, an Magenbluten, krank 14 W. — Eingetr. in Leipzig am 22. Juni 1924 (vorher Mitglied im Zentralverband der Angestellten seit 1. Mai 1922).

† Am 25. März in Saalfeld a. d. S. **Otto Hickethier**, Steindrucker aus Saalfeld, 48 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 9 W. — Eingetr. in Saalfeld a. d. S. am 15. Februar 1925.

† Am 25. März in Düsseldorf **Hermann Pracht**, Lithograph aus Elberfeld, 56 J. alt, an Blinddarmerkrankung und Lungenentzündung, krank 1 W. — Eingetr. in Düsseldorf am 3. April 1921 (vorher Mitglied im Zentralverband der Angestellten seit 1. Dezember 1920).

† Am 26. März in Berlin **Walter Leo**, Chemigraph aus Berlin, 31 J. alt, an Lungenentzündung, krank 1 W. und 1 T. — Eingetr. in Berlin am 2. Januar 1927.

† Am 29. März in Berlin **Paul Halpapp**, Steindrucker aus Berlin, 42 J. alt, an Nierenleiden, krank 21 W. — Eingetr. in Berlin am 5. Januar 1919.

† Am 1. April in Frankfurt a. M. **Fritz Specht**, Chemigraph aus Schwabach im Taunus, 69 J. alt, an Herzleiden und Lungenentzündung, Invalide seit 21. Februar 1930. — Eingetr. in Frankfurt a. M. am 10. November 1907 (vorher Mitglied im Deutschen Buchdruckerverband seit 15. Februar 1903).

† Am 5. April in München **Ernst Voigt**, Steindrucker aus Berlin, 63 J. alt, an Herzwassersucht, zuletzt 7 W. krank. — Eingetr. in Berlin am 7. Oktober 1901.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todestill mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets *sofort* Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Verbandsvorstand.**

„Ein guter Tipp“

ist die Lösung (eingereicht vom Kollegen Karl Bergner, Leipzig, Charlottenstraße 21) auf die der erste Preis unseres Filmpreisausschreibens „Tausend Meter Film suchen einen Namen“ fiel. Die Preise II bis X entfielen in folgender Reihe auf nachstehende Kollegen:

Franz Schrader, Versbach b. Würzburg, Jahnstraße 116, 1/3
Franz Hawlizeck, Bremen, Grasbergerstraße 67
H. Kegelmann, Bochum, Grabenstraße 37
Gustav Schreiber, Braunschweig, Döringstraße 1
Paul Richter, Gittersee b. Dresden, August-Bebel-Straße 4
August Kollin, M.-Gladbach, Brunnenstraße 113
Martin Becker, Leipzig C 1, Gemeindestraße 26
Adolf Piltroff, München, Auenstraße 80, und
Schülerin Agnes Lummer, Essen-Borbeck, Neustr. 116a

Ein guter Tipp ist der Kauf eines Lindcar-Fahrrades

gegen Wochenraten von 3 Mark durch unsere Niederlagen und Ortsausschüsse des ADGB. vom **Eigenunternehmen der Gewerkschaften**

Lindcar-Fahrradwerk

Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D R P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.
Karl Meß G.m.b.H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12289

FACHLITERATUR!

DER PRAKTISCHE UMDRUCKER
von Bernhard Enders. Preis inklusive Nachnahme 1,10 RM.
DAS TAUSCHIEREN UND ÄTZEN DER METALLE
von G. Schweikhard und W. v. Falkenstein. Preis inklusive Nachnahme 1,60 RM.
DER WERDEGANG DES OFFSETDRUCKES
in 8 Farben, mit erläuterndem Begleitwort. Preis der Mappe inklusive Nachnahme 4,10 RM.
Conrad Müller / Schkeuditz - Leipzig.

Kl. Buchdruckerei Kartograph

in Groß-Berlin
billig zu verkaufen (ca. 1500 RM. Anzahlung) oder zu verpachten. Kleinere Wohnung, Betriebsraum kann gemietet werden. Offerten unter C 1560 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
für wissenschaftliche Bearbeitung, Schrift- und Terralzeichnung gesucht. Nur durchaus gelbe. Hohe Kräfte wollen ihre Bewerbung mit Mustern, Zeugnisabschriften u. Lohnansprüchen einsenden an
F. A. Brockhaus, Leipzig.